

Bericht aus dem Rathaus September 2013

Aktuelle Stunde verdiente den Namen nicht

Wirklich aktuell waren die Themen in der von der CDU beantragten, aktuellen Stunde nicht. Der mit grosser Mehrheit der Stadtvertretung beschlossene Satzungsentwurf zur Einführung einer Bettensteuer, liegt aufgrund der Kritik aus dem Innenministerium in überarbeiteter Form vor. Allerdings möchte die CDU offenbar nur all zu gern in ihre Rolle als Cheflobbyist für die Hoteliers zurückkehren. Merkwürdig, wäre dies doch eine der wenigen Möglichkeiten die Einnahmen zu erhöhen, ohne die Schweriner Bürger zu belasten. Die KdU Richtlinie wurde zwischenzeitlich überarbeitet und enthält jetzt eine rechtskonforme Regelung zur Angemessenheit der Bruttokaltmiete. Hier stand der SPD Sozialdezernent auf der Bremse und auch die CDU wachte erst auf, als die LINKE eine Anfrage an die Verwaltung richtete und die Problematik über eine Pressemitteilung öffentlich machte. Das Fristversäumnis beim Widerspruch zu den per Zensus erhobenen Einwohnerzahlen war ärgerlich. Wie gross die objektiven Chancen per Widerspruch eine Korrektur zu erreichen tatsächlich gewesen wären, bleibt Kaffeesatzleserei. Und so stellte Fraktionschef Gerd Böttger zutreffend fest, dass die aktuelle Stunde ein reines Wahlkampfmanöver sei.

Linke fordert Rücknahme der Kürzungen bei der SDS

Zunehmende Bürgerbeschwerden über Hundehaufen, den Abbau von Mülleimern und fehlende Toiletten haben die LINKE veranlasst, zu beantragen, die Streichungen im Haushalt der SDS zurückzunehmen. 200.000 EUR weniger sind eben nicht ohne weiteres zu kompensieren, so Gerd Böttger in der Debatte. Interessant sind die Absetzbewegungen der großen „informellen Koalition“ zum 10 Mio. Euro „Sparpaket“. Konfrontiert mit den Auswirkungen, wird nun die SDS beschuldigt, bewusst die Bürger zu verärgern, indem sie an zum Beispiel an Papierkörben spare.

Kompromiss zu Tempo 30 auf dem Obotritenring

Nach fast dreijähriger Diskussion entschied sich die Stadtvertretung für einen Kompromiss. Infolge der Asphaltierung ist die Lärmbelästigung für die Anwohner gesunken. In der Robert Belz Strasse wird Tempo 30 beibehalten. Auf dem Obotritenring selbst kann der Radfahrer künftig wählen, ob er auf dem einzurichtenden Radstreifen oder auf dem Fussweg fährt.

SPD will kleine Enquete Kommission spielen

Obwohl die hellroten Genossen stets jeder Stellenbesetzung äußerst kritisch gegenüber stehen, fordern sie nun eine Arbeitsgruppe auf Stadtebene in der Sozial-, Jugend- und Stadtplanungsamt gemeinsam mit den entsprechenden Ausschüssen, dem Jobcenter und den freien Trägern über demographische Herausforderungen diskutieren sollen. Fraktionsvize Henning Foerster verwies darauf, dass die Landeshauptstadt bereits mit den benachbarten Landkreisen in drei Arbeitsgruppen an den Themen Pflege, Barrierefreiheit, Ärztemangel und lebenslanges Lernen arbeitet. Zudem enthält das Leitbild der Landeshauptstadt bereits viele konkrete Handlungsoptionen. Folgerichtig gehe es jetzt um die Umsetzung und nicht um weitere 1000 Seiten Papier.

Lärmschutz bei Zugdurchfahrten

Peter Brill nahm als Bewohner der Paulsstadt die Bitte zahlreicher Anlieger der Bahnstrecke auf und beantragte namens der Linksfraktion die Oberbürgermeisterin auf, Kontakt zur DB AG aufzunehmen. Da umstritten ist, inwieweit dies rechtlich überhaupt möglich ist, wird der Antrag zunächst in den Fachausschüssen erörtert.

Schulwerkstatt Fit for Life

Ein Dankeschön an die langjährige Leiterin der Schulwerkstatt in Lankow stellte Henning Foerster an den Anfang seiner Rede. Der CDU Antrag, der die Einstellung zusätzlicher Mittel für zusätzliche Angebote am Nachmittag und in der Elternarbeit in den städtischen Haushalt forderte, wird nun in den Ausschüssen weiterberaten. Das die Schulwerkstatt auch angesichts der Probleme vieler Kinder, die nicht schulfähig sind, ein sinnvolles Angebot darstellt, ist unbestritten. Wie allerdings die finanziellen Mittel angesichts der angespannten Haushaltslage aufgebracht werden sollen, ließ die CDU offen.

Gebührensatzung Konservatorium

Welch großartige Rolle das Konservatorium in dieser Stadt spielt, wurde jüngst im Rahmen der Feierlichkeiten zu dessen 60. Geburtstag deutlich. Allerdings war die Vorlage zur Gebührensatzung für viele Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern kein Grund zum Feiern. Satt 18 Prozent beträgt die Gebührenerhöhung, wie Martin Frank feststellte, der die Ablehnung der Linken begründete.

Begrüßungsgeld für Azubis und Studenten

Jeder Einwohner mehr beschert der Landeshauptstadt Schwerin Schlüsselzuweisungen von mehr als 1000 EUR pro Jahr. Vor dem Hintergrund des im Zensusverfahrens deutlich gewordenen Einwohnerrückgangs, möchten LINKE und CDU junge Leute, die in Schwerin eine Ausbildung aufnehmen mit einem Begrüßungsgeld motivieren, ihren Hauptwohnsitz hier zu nehmen. Die Verwaltung prüft derzeit, wie diesem Ansinnen entsprochen werden können.

Sanierung der Heinrich Heine Schule

Das auf die äußere Sanierung auch eine innere folgen muss, darin sind sich wohl alle demokratischen Stadtvertreter einig. Allerdings sollte die Strategie langfristig angelegt sein, zieht es doch immer mehr Familien mit Kindern in die Innenstadt. Daher plant die Verwaltung einen Hortneubau, der zum einen optimale Bedingungen für die Umsetzung des pädagogischen Konzeptes der Kita gGmbH bietet und zum anderen Raum in der Schule selbst schafft. Statt diesen Prozess konstruktiv zu begleiten preschte die SPD/Grüne Fraktion erneut vor und verlangte wieder einmal die Schelfschule zu reaktivieren. Diese ist jedoch für 1,2 Mio. Euro saniert und für die Nutzung als Volkshochschule hergerichtet worden. Noch einmal 250.000 Euro fließen in die Ausstattung. Die Nutzer sind überwiegend zwischen 50 und 65 Jahren alt. Die LINKE will keine Diskussion jung gegen alt, sondern eine tragfähige Lösung. Walter Lederer machte deutlich, dass derzeit an der Schulentwicklungsplanung

gearbeitet werde und zudem völlig offen sei, ob die geschätzt 1,7 Mio. Euro aus dem Soforthilfefonds des Landes für Schwerin tatsächlich für eine solche Sanierung eingesetzt werden könnten. Auch dieses Thema wird nun die Ausschüsse beschäftigen.

Sondersitzung zum Mecklenburgischen Staatstheater (MST)

Wieder einmal musste sich die Stadtvertretung mit der Zukunft des Theaters befassen. Grund diesmal, das akute Loch im Wirtschaftsplan und das „Angebot“ des Landes auf der Basis des von Minister Brodkorb beauftragten „Metron Gutachtens.“ Das Positive an diesem Vorschlag ist die Bereitschaft des Landes selbst als Gesellschafter beim MST einzusteigen und damit endlich anzuerkennen, dass es sich um ein Staats- und nicht um ein Stadttheater handelt. Vernünftig ist sicher auch zu versuchen, die Nachbarlandkreise als Gesellschafter zu gewinnen, kommt doch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Besucher auch aus dem Umland. Auch das Zusammengehen mit dem Landestheater Parchim ist kann akzeptiert werden. Problematisch sind allerdings die sozialen Auswirkungen. Zwar soll der Abbau von 30 Stellen sozialverträglich erfolgen, allerdings fehlen diese Kollegen künftig dem Haus, wie Gerd Böttger deutlich machte. Zudem grenzt die Aufforderung an die Orchestergewerkschaften, sich in einem Verhandlungsprozess auf die Herabstufung des A Orchesters auf ein B Orchester zu verständigen, schon an einen Eingriff in die Tarifautonomie. Am Ende wählten Schwerins Stadtvertreter das kleinere Übel. Durch ihre Zustimmung zum „Konsolidierungsprozess“ wendeten sie die drohende Insolvenz ab.